

Entwicklungen & Trends 2017

Die Welt wird wieder hungriger – und immer dicker

von Tobias Reichert

Die Zahl der Hungernden weltweit steigt nach Schätzungen der zuständigen UN-Organisationen erstmals seit Beginn der 2000er-Jahre wieder. Hatten im Jahr 2014 noch 775 Millionen Menschen zu wenig zu essen, stieg die Zahl 2016 auf 815 Millionen.¹ Als die UN Organisation für Landwirtschaft und Ernährung FAO zum letzten Mal einen dramatischen Anstieg des Hungers meldete (während der Hochpreisphase 2007/2008), erwies sich dies glücklicherweise als weitgehend falscher Alarm. Die damals verwendeten Modelle überschätzten den Zusammenhang zwischen Weltmarktpreisen und lokalen Märkten, und unterschätzten zugleich die positiven Effekte höherer Preise auf Einkommen und Erzeugung in Entwicklungsländern. Die statistischen Methoden sind mittlerweile verfeinert und beziehen sehr viel mehr Daten und Informationen als früher mit ein, sodass die aktuelle Prognose verlässlicher ist als die vor zehn Jahren. Das ergibt sich leider auch aus den wichtigsten Gründen für den zunehmenden Hunger: Sich verschärfende und anhaltende gewaltsame Konflikte, die eben anders als steigende Preise keine positiven Nebeneffekte haben.

Die meisten Hungernden leben mittlerweile in Ländern, die von Krieg und Konflikten betroffen sind. Nach Schätzung der UN-Organisationen sind das 490 Millionen der 815 Millionen Betroffenen weltweit. Auf langfristige Indikatoren hat sich die schlechtere Versorgung noch nicht ausgewirkt. Die Zahl der Kinder, deren Wachstum verzögert ist, geht weiter (langsam) zurück. Wenn es denn gelänge, die Ernährungssituation zu verbessern, indem Konflikte eingedämmt oder zumindest die betroffenen Menschen besser versorgt werden, müsste der derzeitige Anstieg des Hungers keine starken langfristigen Schäden verursachen. Die Chancen dafür scheinen allerdings nicht besonders gut zu stehen. Durch die Konflikte wird immer mehr humanitäre Hilfe nötig. Bis zum August 2016 waren nur 40 Prozent des humanitären Bedarfs finanziert.² Hier scheint aus Fehlern nicht gelernt zu werden. Ein wichtiger Auslöser für die europäische Flüchtlingskrise des Jahres 2015 war, dass für die Versorgung der vor dem syrischen Bürgerkrieg geflüchteten Menschen in den unmittelbaren Nachbarländern nicht genug Mittel zur Verfügung standen. Die Kürzung der Essensrationen war für viele der entscheidende Moment, die Lager in Jordanien oder Libanon zu verlassen und sich auf den Weg nach Europa zu machen.

Bei der anderen großen Herausforderung für die Welternährung, der wachsenden Zahl übergewichtiger und adipöser Menschen, beschleunigt sich der negative Trend. Seit Mitte der 1970er-Jahre ist der Anteil der Übergewichtigen an der Weltbevölkerung auf 12,5 Prozent

Weltweit wieder mehr hungernde Menschen ...

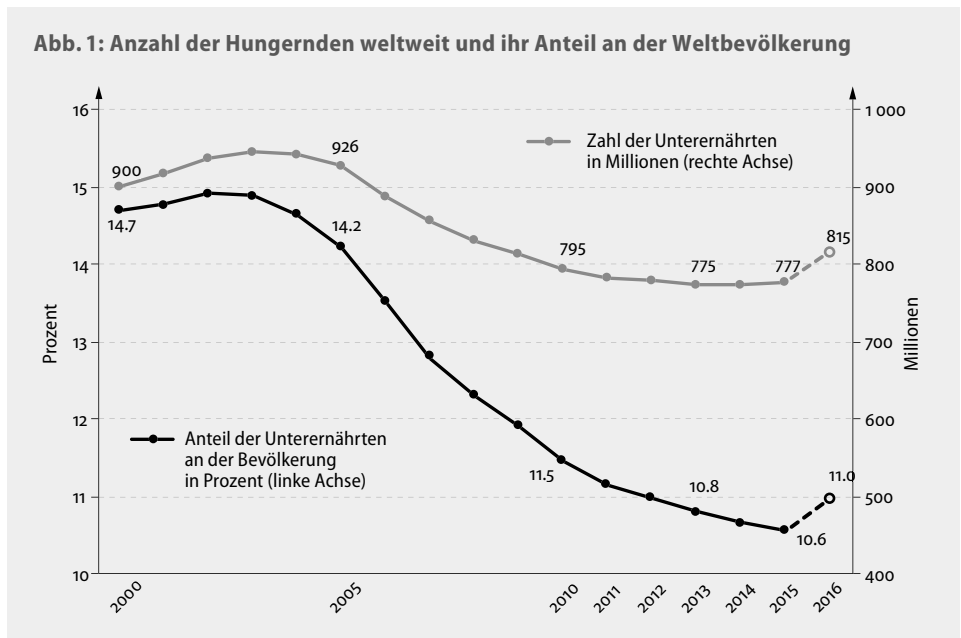
... meist in Ländern mit Krieg und Konflikten

gestiegen und liegt damit seit Kurzem *über* dem Anteil der Hungernden.³ Wenig überraschend ist das Problem in reichen Weltregionen wie Nordamerika und Europa besonders groß. Aber auch in Ländern und Regionen, in denen noch viele Menschen hungern, steigt der Anteil der Übergewichtigen schnell an. Viele Länder sehen sich damit einer doppelten Herausforderung in der Ernährung gegenüber: Während ein Teil der Bevölkerung nicht genug zu essen hat, isst der andere mehr als seiner Gesundheit zuträglich ist.

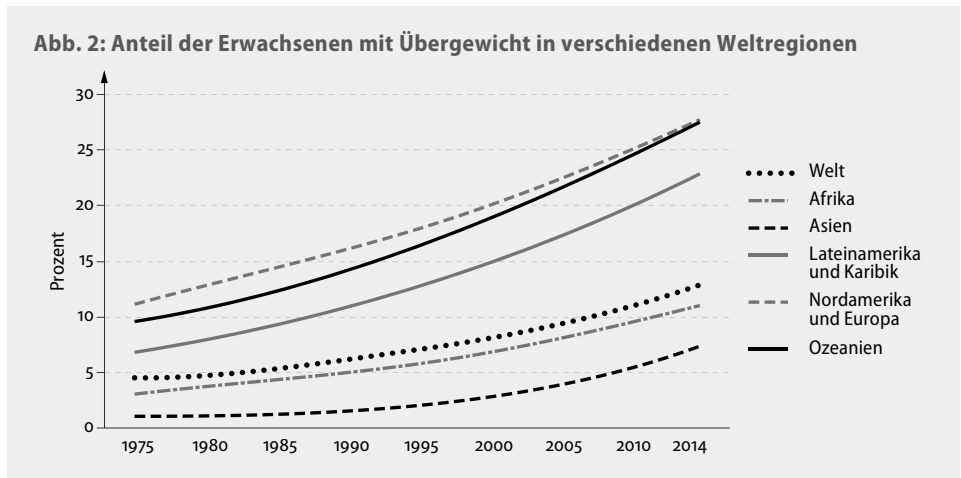
Ungleichheit begünstigt Hunger – und Übergewicht

Armut als Auslöser für Hunger und Fehlernährung

Neben Kriegen und Gewalt ist Armut der wichtigste Auslöser von Hunger und Fehlernährung. Dies gilt für Entwicklungsländer ebenso wie für Industriestaaten. Ein Beitrag für den von Welthungerhilfe, dem International Food Policy Research Institute und Concern Worldwide herausgegebenen *Welthunger-Index* beleuchtet den Zusammenhang zwischen Ungleichheit bei Einkommen und Macht verschiedener Bevölkerungsgruppen und ihrer Ernährungssituation.⁴ Dabei wird deutlich, dass Bevölkerungsgruppen, die aus unterschiedlichen Gründen



Quelle: FAO et al.⁵



Quelle: FAO et al.⁶

von wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind, besonders stark unter Fehlernährung leiden. Neben mangelndem Einkommen sind die Gründe überkommene Geschlechterrollen in der Familie, ethnische Diskriminierung und die Dominanz von Großunternehmen in der Lebensmittelkette. So hat die Vielzahl von Konsument(inn)en einerseits und Erzeuger(inn)en andererseits kaum Möglichkeiten, das Ernährungssystem zu gestalten. In Industriestaaten wie den USA und Australien ist dies ein Grund dafür, dass in Regionen, in denen vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen und/oder ethnische Minderheiten leben, oft »Nahrungswüsten« entstehen: Gebiete, in denen es praktisch keine hochwertigen Lebensmittel wie frisches Obst und Gemüse zu kaufen gibt. Dort sind fast nur hochverarbeitete, zucker- und fettreiche Snacks, Fertiggerichte und Fast Food erhältlich. Entsprechend sind dort Mangelernährung in Bezug auf Mikronährstoffe wie Vitamine und Mineralien sowie Übergewicht weit verbreitet. Im UN-Bericht zur Lage der Ernährungssicherheit in der Welt⁷ wird für reiche Länder ein Zusammenhang zwischen Unterernährung und Übergewicht festgestellt: In Ländern, in denen relativ mehr Menschen von Ernährungsunsicherheit betroffen sind, gibt es auch mehr Übergewichtige. Von beiden Phänomenen sind Menschen mit absolut oder relativ niedrigem Einkommen besonders betroffen.

**Immer mehr
»Nahrungswüsten«
in Industriestaaten**

Die Produktion steigt langsam, die Preise sind relativ stabil

Der gleichzeitige Anstieg von Hunger und Überernährung zeigt auch, dass die globale Lebensmittelerzeugung mehr als ausreichen würde, um die Menschheit zu ernähren. Die Getreideerzeugung hat in den letzten Jahren kontinuierlich weiter zugenommen und wächst dabei meist etwas schneller als der Verbrauch.⁸ Entsprechend sind die Lagerbestände moderat angestiegen und liegen nun auf einem viel höheren Niveau als vor zehn Jahren. Damals waren die historisch niedrigen Lagerbestände ein wichtiger Grund dafür, dass ein wetterbedingter Rückgang der Erzeugung in wichtigen Exportregionen zu Panikkäufen großer Importeure und zum drastischen Anstieg der Weltmarktpreise geführt hatte.

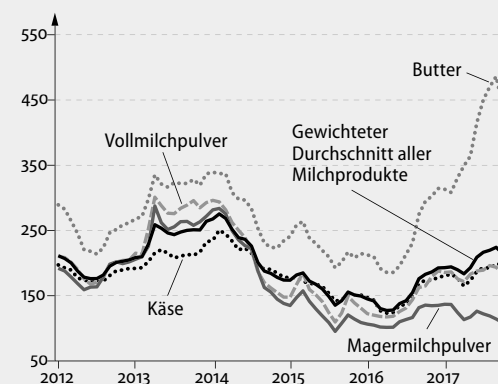
Globale Lebensmittelerzeugung mehr als ausreichend

Die Lagerbestände und die insgesamt recht stabil wachsende Produktion führen auch zu relativ geringen Preisschwankungen. Der Lebensmittelpreisindex der FAO⁹ bewegt sich seit Sommer 2016 zwischen 160 und 180 Punkten, nachdem er zuvor von über 210 Punkten Anfang 2014 auf 150 Punkte im Frühjahr 2016 gefallen war. Diese Entwicklung gilt für fast alle wichtigen Produktgruppen wie Getreide, Ölsaaten, Fleisch und Milchprodukte. Für letztere war der Anstieg nach dem Tief Mitte 2016 etwas stärker. Allerdings konnte auch damit im Durchschnitt aller Milchprodukte erst Ende 2017 wieder das Preisniveau von 2012 erreicht werden. Zwei wichtige Produkte weichen stark von dem Trend ab: Der Butterpreis hat sich mehr als verdoppelt, während der Preis für Magermilchpulver weiter zurückgeht und sich mittlerweile auf dem Niveau von 2002 bis 2004 befindet. Die EU ist maßgeblich an beiden Entwicklungen beteiligt: Die Nachfrage nach Butter in der EU ist in den letzten Monaten deutlich gestiegen, gleichzeitig wird mehr Milch zu Käse verarbeitet. Entsprechend kann weniger Butter exportiert werden, was bei zunehmender Nachfrage auch in anderen Ländern, vor allem China, zu Knappheit und damit steigenden Preisen am Weltmarkt führt.

**Geringe
Preisschwankungen ...
außer bei Butter
und Magermilch**

Umgekehrt ist die Situation beim Magermilchpulver. Die EU hat während der Milchpreiskrise 2016 in den Markt interveniert und damit Lagerbestände von über 400.000 Tonnen angehäuft. Auf die Preise hatte das während

Abb. 3: Preisindex für Milchprodukte



Quelle: FAO¹⁰

**Interventionskäufe
verfehlen ihr Ziel**

der Krise keinen messbaren Effekt. Jetzt verhindern die hohen Bestände aber, dass sich die Magermilchpulverpreise erholen. Alle Marktteilnehmer rechnen damit, dass die EU bei etwas höheren Preisen die Bestände reduziert, und warten deshalb ab. Die FAO erwartet daher, dass es noch »einige Zeit« dauern wird, bis die EU ihre Lager wieder leeren kann. Die Sinnhaftigkeit des »Sicherheitsnetzes« in der EU-Agrarpolitik, das im Wesentlichen aus Interventionskäufen bei sehr niedrigen Marktpreisen besteht, ist offensichtlich fragwürdig,¹¹ wenn die Preise in der Krise kaum stabilisiert, aber danach länger niedrig gehalten werden. Staatliche Anreize, um die Erzeugung an die Nachfrage anzupassen, wären deutlich sinnvoller.¹²

Die deutsche Entwicklungshilfe nimmt zu – aber erreicht oft nicht die Ärmsten

**Neuerdings auch
»Entwicklungshilfe«:
Unterstützung
von Geflüchteten**

Die deutsche und europäische Agrarpolitik hat mit dem ersatzlosen Ende der Milchquote also nicht unbedingt zu stabilen und kostendeckenden Preisen beigetragen, die auch entwicklungspolitisch hilfreich wären. Dagegen hält Deutschland erstmals das in den 1970er-Jahren beschlossene und seitdem immer verfehlte Ziel ein, 0,7 Prozent des Sozialprodukts für offizielle Entwicklungshilfe auszugeben.¹³ Das liegt aber nur zum Teil daran, dass der Haushalt des zuständigen Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) weiter zunimmt. Entscheidend für das Jahr 2016 war, dass in die Definition von Entwicklungshilfe auch die Kosten für die Unterstützung von Geflüchteten im eigenen Land eingerechnet werden. Dieser Posten hat sich 2016 auf über sechs Milliarden Euro verdoppelt. Auch die übrigen Entwicklungshilfeleistungen sind von 15 auf 18,5 Milliarden gestiegen, was etwas mehr als einem halben Prozent des Sozialprodukts entspricht. Der Anteil der Mittel, die davon in Nothilfeprogramme für Geflüchtete in anderen Ländern fließen,

»Landgrabbing« der EU

Seit der globalen Finanzkrise 2007/2008 ist das Interesse internationaler Investoren am Erwerb von Land drastisch gestiegen. Wegen der seitdem gestiegenen Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte und die wachsende Nachfrage nach Rohstoffen für Agrarenergie sind die Preise für Land in vielen Teilen der Welt gestiegen, und es wird mit einem weiteren Anstieg gerechnet. Damit erscheint auch angesichts der Niedrig- oder Nullzinspolitik der Zentralbanken der EU und der USA für viele Investoren der Kauf von Land sowohl zur Erzeugung von Rohstoffen als auch als Anlage mit erwarteter Wertsteigerung attraktiv. Die Regierungen vieler Entwicklungsländer sehen diesen Trend als Chance, ausländische Investoren zu gewinnen. Sie bieten Investoren vermeintlich nicht oder unzureichend genutztes Land für ihre Investitionen an. Auf den meisten »ungenutzten« Flächen leben jedoch Menschen, die es als Acker- oder Weideland benötigen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Da sie aber in der Regel nicht über formelle Eigentums- oder Nutzungsrechte verfügen, werden sie von Politik und Rechtsprechung nicht wahrgenommen. Sie werden oft ohne Entschädigung »umgesiedelt« oder vertrieben, wenn die Flächen durch den Investor »ent-

wickelt« werden. Ihre Menschenrechte werden dabei verletzt: vom Verlust der Lebensgrundlagen, und damit den Rechten auf Nahrung und Wasser, bis hin zu physischer Gewalt und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Auch Unternehmen und Finanzinstitutionen aus der EU kontrollieren in bedeutendem Umfang Land in Ländern außerhalb Europas. Nach Daten, die die internationale Menschenrechtsorganisation FIAN zusammengestellt hat,¹⁷ handelt es sich um etwa 5,8 Millionen Hektar – doppelt so viel wie die Ackerfläche Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens zusammen. Mit Abstand die größten Akteure kommen aus Großbritannien, die zusammen fast zwei Millionen Hektar kontrollieren (Abb. 4). Die Angaben der Initiative »Land Matrix«¹⁸ unterschätzen das tatsächliche Ausmaß wahrscheinlich, da sie nur tatsächlich abgeschlossene Geschäfte berücksichtigen und nicht Fälle, in denen Land vorauseilend »leereräumt«, aber dann doch nicht gekauft wurde. Zudem werden auch Transaktionen wie Vertragsanbau nicht erfasst, in denen Landnutzungsrechte nicht formal betroffen sind, Investoren aber de facto einen bestimmenden Einfluss darauf haben, wie das Land genutzt wird. ▶

nimmt ebenfalls zu. Dagegen erhalten die 49 ärmsten Entwicklungsländer (LDCs) zusammen nur etwa 2,3 Milliarden Euro, also weniger als ein Zehntel der gesamten Entwicklungshilfe. Deutschland hat gegenüber der UN mindestens das Doppelte zugesagt. Unter den zehn Ländern, die die höchsten Entwicklungshilfeleistungen aus Deutschland erhalten, sind neun Länder mit mittlerem Einkommen und mit Afghanistan nur ein LDC vertreten. Die drei größten Empfängerländer sind mit Indien, China und Südafrika Schwellenländer, in denen teilweise weit entwickelte Sektoren neben weiter großer Armut großer Bevölkerungsteile stehen.

Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft wenig transparent

Für die Armuts- und Hungerbekämpfung ist die Förderung von Landwirtschaft, Ernährungssicherung und ländlichen Räumen besonders wichtig. Nach eigenen Angaben gibt das BMZ dafür etwa 1,5 Milliarden Euro jährlich aus, doppelt so viel wie 2010.¹⁴ Allerdings lässt sich nur zum Teil erkennen, wohin die Mittel im Einzelnen fließen. Die BMZ-Sonderinitiative »Eine Welt ohne Hunger« ist mit 220 Millionen Euro dotiert, wovon ein Großteil in »Grüne Innovationszentren« in Afrika und Indien fließt. Die Zentren sollen »durch Innovationen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft die regionale Versorgung mit Nahrungsmitteln verbessern, das Einkommen von kleinbäuerlichen Betrieben steigern und Arbeitsplätze schaffen«. Dabei soll die kleinbäuerliche Landwirtschaft innerhalb von Wertschöpfungsketten gefördert werden, wobei ein Schwerpunkt auf Grundnahrungsmitteln liegt. In die Arbeit der jeweiligen Zentren sind überwiegend deutsche, internationale und lokale Unternehmen eingebunden, daneben Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen.¹⁵

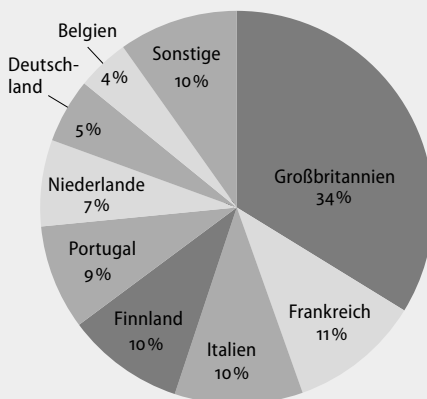
Neue »Grüne Innovationszentren« in Afrika und Indien

Etwa 60 Prozent ihrer Landgeschäfte tätigen Europäische Akteure in Afrika, gefolgt von Lateinamerika (26 Prozent) und Asien (14 Prozent). Oft wird Land auch im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften und der Entwicklungszusammenarbeit erworben, wobei staatliche Entwicklungsbanken beteiligt sind. Solche Modelle stellen ein zentrales Element des »Compacts mit Afrika« der G20 dar (siehe hierzu den folgenden Beitrag in diesem Kapitel, S. 103–106) und die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beziehungsweise ihre Tochter Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) beteiligen sich daran. Die DEG ist am paraguayischen Agrarunternehmen PAYCO beteiligt, das auch Flächen bewirtschaftet, die von indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften beansprucht werden. Der von BMZ, KfW und Deutscher Bank gegründete African Agricultural Trade and Investment Fund investierte in ein großes Agrarunternehmen in Sambia, das nach Angaben FIANs lokale Gemeinschaften den Zugang zu von ihnen genutztem Land verweigert und ihnen mit Vertreibung droht.

Die menschenrechtlichen Auswirkungen von Landinvestitionen aus der EU werden anscheinend auch dann nur unzureichend überwacht, wenn staatliche Akteure direkt oder indirekt

beteiligt sind. Bundesregierung und EU müssen daher den Schutz der Menschenrechte, besonders des Rechts auf Nahrung, zu Priorität in ihrer Entwicklungs- und Investitionspolitik machen.

Abb. 4: Herkunft der Akteure mit Landbesitz außerhalb Europas



Quelle: FIAN¹⁹ nach Daten der Land Matrix, eigene Darstellung

**Kein Zugang zu
Wertschöpfungsketten
für Arme**

Das unabhängige Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DE-val) kommt zu dem Schluss, dass der Wertschöpfungskettenansatz der Innovationszentren wirksam für die Ausrichtung auf die Agrarmärkte sei. Die Ziele Armutsminderung und Ernährungssicherheit könnten damit aber nur eingeschränkt verfolgt werden, da die Hauptzielgruppe der chronisch Armen und marginalisierten Gruppen wegen fehlender Ressourcenausstattung oft keinen Zugang zu Wertschöpfungsketten habe. Dem vom BMZ selbst propagierten Fokus auf das Menschenrecht auf Nahrung, der gerade diese Gruppen in den Mittelpunkt stellt, wird dieser Förderansatz offenbar nicht gerecht. Einige Vorhaben scheinen dem veralteten Paradigma des Technologietransfers von Nord nach Süd zu folgen, das auch in Reden von Entwicklungsminister Müller immer wieder aufschien, anstatt vor Ort bestehendes Wissen zu nutzen und weiter zu entwickeln. Auch agrarökologische Ansätze, die mit diesem Vorgehen kompatibel sind, werden mit den meisten Aktivitäten der Innovationszentren nicht systematisch verfolgt. Zivilgesellschaftliche Gruppen in den Partnerländern wurden zudem anfangs kaum eingebunden. Auch wenn sich die Situation mittlerweile verbessert hat, spielen sie bei der Planung und Gestaltung der Maßnahmen meist nur eine Nebenrolle.¹⁶

Es bleibt positiv zu vermerken, dass die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Ernährung und Landwirtschaft in den letzten Jahren politisch und finanziell an Bedeutung gewonnen hat. Die nächste Bundesregierung kann darauf aufbauen. Um das zweite der Ziele für nachhaltige Entwicklung im Rahmen der UN-Agenda 2030 (den Hunger zu beenden und die Landwirtschaft nachhaltig zu gestalten) zu erreichen, müssen jedoch das Recht auf Nahrung mit seinem Fokus auf die verletzlichsten Zielgruppen und agrarökologische Methoden die Schwerpunkte der Politik bilden.

Handelspolitik nach dem Trump-Schock: Augen zu und durch!

**Handelspolitik der EU:
»Jetzt erst Recht!«**

In Deutschland und der EU insgesamt waren internationale Handels- und Investitionspolitik so umstritten wie noch nie. Vor allem Verhandlungen zu Abkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) haben Hunderttausende zu Demonstrationen und Petitionen mobilisiert. Gleichzeitig nimmt der Einfluss der rechten Globalisierungsgegner zu. In Frankreich gelangte die Kandidatin des Front National Marine Le Pen mit einer scharfen Antiglobalisierungslinie in die Stichwahl für das Präsidentenamt. Donald Trump hat auch wegen seiner nationalistisch-protektionistischen Rhetorik gewonnen. Beide appellieren an Menschen, die sich von der Globalisierung abgehängt fühlen. Die EU setzt unter Führung der Kommission trotz dieser Entwicklung auf eine »Jetzt erst Recht«-Strategie. Das CETA-Abkommen ist nach der Ratifikation vorläufig in Kraft getreten, mit Vietnam wurde ein Abkommenstext vereinbart, der nun für die Unterzeichnung vorbereitet wird. Mit Japan wurde schon mehrmals eine Einigung verkündet, bei der nur noch »technische« Details geklärt werden müssten. Ein Abkommen mit Mexiko soll noch dieses Jahr einen politischen Abschluss finden. Die Verhandlungen mit Australien und Neuseeland, Indonesien und der lateinamerikanischen Mercosur-Gruppe um Brasilien und Argentinien sollen beschleunigt werden. Auch die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit afrikanischen Regionen sollen trotz weiter bestehender grundlegender Probleme verabschiedet und ratifiziert werden, einige sind bereits vorläufig in Kraft. Die Antwort der EU auf die wachsende Kritik am Freihandel lautet also: Mehr Freihandel!²⁰

Kleinteilige Agenda in der WTO

Auch in der Welthandelsorganisation WTO setzt die EU vor allem auf weitere Deregulierung. Neue Themen wie »elektronischer Handel« (E-Commerce) sollen auf die Tagesordnung gesetzt und alte wie »Investitionen« zurückgeholt werden. Ob sich die EU mit ihren Verbündeten wie Japan, Südkorea, Kanada und der Schweiz damit bei der 11. WTO-Ministerkonferenz in Buenos Aires durchsetzen kann, ist mehr als fraglich. [Die Konferenz fand vom 11. bis 14. Dezember 2017 statt und damit nach Redaktionsschluss für diesen *Kritischen Agrarbericht*.] Fast alle Entwicklungsländer bestehen darauf, die noch ausstehende Agenda der

Doha-Runde abzuarbeiten, bevor Verhandlungen über neue Themen aufgenommen werden. Die USA würden in Buenos Aires am liebsten gar keine Beschlüsse sehen und halten nach Aussagen ihres Präsidenten multilaterale Handelsabkommen ohnehin für überholt. Bleiben sie bei dieser Linie, wird die Konferenz ergebnislos zu Ende gehen. Die dringend nötige Debatte, wie das internationale Handelssystem so gestaltet werden kann, dass es die Umwelt schont, soziale Verwerfungen vermeidet und armen Ländern ausreichenden Politikspielraum bietet, wird in Buenos Aires sicher nicht geführt.

Zumindest scheint es möglich, dass durch ein neues Abkommen Subventionen für illegale und unregulierte Fischerei begrenzt werden. Die USA gewähren solche Subventionen ohnehin kaum und müssten daher ihre Politik nicht ändern. Dagegen müsste China Subventionen für seine internationale Fangflotte deutlich zurückfahren, wenn das Abkommen wirksam sein soll. Diese Kombination könnte ein Abkommen auch für die Trump-Regierung attraktiv machen. Weniger für die USA, als für die übrigen Länder ist ein zusätzliches Argument, dass neben dem Verhandlungsmandat der WTO selbst auch in den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung ausdrücklich gefordert wird, die schädlichen Fischereisubventionen spätestens bis 2030 abzuschaffen (Ziel 14, Unterziel 6).

Schwieriger wird voraussichtlich eine Einigung zur Frage der öffentlichen Lagerhaltung für Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern. Hier ist umstritten, in welchem Umfang die Regierungen Lebensmittel zu staatlich festgelegten Preisen ankaufen dürfen, um Kleinbauern zu unterstützen. Hierfür besteht derzeit noch eine verbindliche Obergrenze, da die Programme als handelsverzerrende Subventionen behandelt werden. Für Indien, das diese Obergrenze zu überschreiten droht, wurde bereits 2013 eine Ausnahme beschlossen, die gilt, bis eine dauerhafte Regel für alle Entwicklungsländer vereinbart ist, was eigentlich bei der WTO-Konferenz in Buenos Aires geschehen sollte. Länder mit einem großen kleinbäuerlichen Sektor wie Indien und Indonesien fordern möglichst flexible Regelungen. Agrarexporture wie Australien oder Argentinien wollen dagegen lediglich eine etwas höhere Obergrenze zugestehen, die mit vielen Bedingungen und Berichtspflichten versehen ist. Damit soll verhindert werden, dass Lebensmittel aus den öffentlichen Lagern – über Umwege – exportiert werden. Ob es gelingen kann, im WTO-Rahmen sinnvolle Kriterien zu entwickeln, möglichst gezielt Kleinbauern und arme Konsumenten zu unterstützen, ohne dass die Regierungen administrativ überfordert werden, ist offen.

**Begrenzung schädlicher
Fischereisubventionen
möglich**

**Umstrittene Obergrenze
bei staatlichen
Preisstützungen**

Liberalisierung in regionalen Abkommen?

Während bei der WTO-Konferenz eher die Anpassung von Regeln als spürbare Handelsliberalisierung zu erwarten ist, sieht dies bei vielen regionalen Abkommen gerade für die Landwirtschaft anders aus. Die europäische Landwirtschaft geriete unter Druck, wenn gegenüber Australien und Neuseeland die Märkte für Milchprodukte geöffnet würden. Auch der Milchindustrieverband und der Bauernverband, die ansonsten das Hohelied von Weltmarkt und Wettbewerbsfähigkeit singen, sind strikt dagegen. Ähnlich ist es mit Rindfleischimporten aus den Mercosur-Ländern. Die EU hat in den Verhandlungen eine zollfreie Quote von 70.000 Tonnen im Jahr angeboten. Bei den europäischen Bauernverbänden führte das zu ebenso heftiger Kritik wie bei den Mercosur-Exporteuren. Natürlich aus entgegengesetzten Gründen. Auch wenn der Anteil an der EU-Erzeugung mit etwa einem Prozent nicht groß ist, könnten die Folgen spürbar sein. Der Großteil der EU-Rindfleischerzeugung fällt quasi als »Nebenprodukt« der Milchviehhaltung an und ist damit ziemlich unabhängig von den Fleischpreisen. Die Importe würden daher vor allem mit qualitativ hochwertigem Rindfleisch oft aus Mutterkuhhaltung konkurrieren. Damit geriete ausgerechnet die umweltfreundlichste Form der Fleischerzeugung unter Druck. Auch in Lateinamerika ist mit negativen Wirkungen auf die Umwelt zu rechnen. Der Zuwachs an Weideland für die steigende Rindfleischerzeugung für den Export ist der wichtigste Treiber für die Entwaldung noch vor dem Sojaanbau.²¹

**Streit um regionale
Handelsabkommen
der EU**

Anmerkungen

- 1 FAO, IFAD, UNICEF, WFP and WHO: The state of food security and nutrition in the world 2017. Building resilience for peace and food security. Rome 2017.
- 2 FAO: Food outlook. Biannual report on global food markets. Rome 2017.
- 3 FAO et al. (siehe Anm. 1).
- 4 N. Hossain: Ungleichheit, Hunger und Fehlernährung – Die Bedeutung von Macht. In: Welthungerhilfe, IFPRI, Concern Worldwide: Welthunger-Index 2017. Wie Ungleichheit Hunger schafft. Washington DC, Bonn, Dublin 2017.
- 5 FAO et al. (siehe Anm. 1), p. 5.
- 6 Ebd., p. 20.
- 7 FAO et al. (siehe Anm. 1).
- 8 T. Reichert: EU-Lagerhaltung von Milchpulver. Stellungnahme von Germanwatch. Berlin 2017.
- 9 www.fao.org/worldfoodsituation/foodpricesindex/en/.
- 10 FAO (siehe Anm. 2), p. 54.
- 11 Reichert (siehe Anm. 8).
- 12 Bundesverband Deutscher Milchviehhalter: Milchbauern-Manifest »Marktverantwortung statt Pulver-Irrsinn«. O. O. 2017.
- 13 Terre des Hommes und Welthungerhilfe: Walk the Talk – Kompass 2030: Die Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik. Osnabrück und Bonn 2017.
- 14 Forum Umwelt und Entwicklung: Doppeldeutige Rhetorik – begrenzte Wirkung. Eine Bilanz zur Hungerbekämpfung unter Minister Gerd Müller (2013–2017). Berlin 2017.
- 15 Vgl. ebd. – Siehe zur Afrikapolitik Deutschlands auch meinen Beitrag in diesem Kapitel (S. 103–106).
- 16 Forum Umwelt und Entwicklung (siehe Anm. 14).
- 17 FIAN International: Landgrabbing und Menschenrechte: Die Rolle von EU-Akteuren im Ausland. Heidelberg 2017.
- 18 www.landmatrix.org.
- 19 FIAN (siehe Anm. 17).
- 20 Siehe hierzu auch den Beitrag von Berit Thomsen in diesem Agrarbericht (S. 86–89).
- 21 C. Zell-Ziegler: Is the EU a major driver of deforestation in Brazil? Quantification of CO₂-emissions for cattle meat and soya imports. Study conducted at Germanwatch. Berlin 2017.



Tobias Reichert

Teamleiter Welternährung,
Landnutzung und Handel bei
Germanwatch e.V.

Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
reichert@germanwatch.org